Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 6

Artikel: Tito auf seiten der Liberalen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077163

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Tito auf seiten der Liberalen

Titos Eröffnungsrede vor dem dritten Plenum des jugoslawischen Zentralkomitees am 25. Februar war sein bisher wichtigster Beitrag im gegenwärtigen internen Seilziehen der Partei um die Verwirklichung der im Juli 1965 beschlossenen Wirtschaftsreformen. Der Staatschef hat sich jetzt mit seinem ganzen Gewicht auf die Seite jener gestellt, welche die Neuerungen vorantreiben wollen und hat damit die Kompromissstellung zu jenen dogmatischen Kreisen aufgegeben, welche die Reformen bisher durch passiven Widerstand recht erfolgreich aufgehalten haben. Noch aufschlussreicher ist die Rede vielleicht dadurch, dass sie die gegenwärtige Situation des Landes mit kritischer Klarheit analysiert, die Illusionen kaum einen Raum mehr übrig lässt.

Von besonderer Bedeutung sind folgende Feststellungen:

● **Die bevorstehenden Aenderungen zielen fast durchwegs auf einen liberaleren Kurs ab.**

● **Ausdrücklich ist dieses Mal auch ein Teil der höheren Parteiführung für die Schwierigkeiten der Wirtschaft verantwortlich gemacht worden. Das bedeutet einen wichtigen Teilsieg der sogenannten «Wirtschaftler» innerhalb der Partei über die «echten Kommunisten».**

● **Eine allgemeine Säuberung in personeller Hinsicht steht jedoch offensichtlich nicht bevor. Die Gruppierungen bleiben also noch bestehen und damit auch das Seilziehen zwischen ihnen.**

Elf Hauptpunkte

Wie Titos Lagebeurteilung und seine Absichten im einzelnen aussehen, fassen wir in elf Hauptpunkten zusammen. Sie geben ein eindrückliches Bild von der eingestandenen Problematik, der sich Jugoslawien heute gegenübergestellt sieht.

1. Die allgemeine Begeisterung, mit der die Idee einer Wirtschaftsreform anfänglich aufgenommen wurde, war nicht von allen Parteimitgliedern ehrlich gemeint. Auch viele begrüssten die Reform, die innerlich dagegen waren und später mit ihren Taten auch entsprechend handelten. Eine solche Doppelspurigkeit konnte bis in die «obersten Parteigremien» beobachtet werden. Diese Missachtung der Parteibeschlüsse und der Lehre des demokratischen Zentralismus, führt Tito zur Feststellung, dass sich in der jugoslawischen KP die Parteidisziplin während der letzten Zeit «gelockert» habe.

2. Viele Mängel hätten behoben oder sogar vermieden werden können, wenn die Parteimitglieder an den Unzulänglichkeiten rechtzeitig Kritik geübt hätten. Aber die Kritik sei leider eine gefährliche Angelegenheit geworden, die sich ohne Gefahr unangenehmer Konsequenzen nur die oberen Parteikreise erlauben könnten. In den «unteren» Regionen der Parteihierarchie herrschten dagegen ganz andere Zustände: *«Wagt es ein Arbeiter, in seinem Betrieb etwas mit Recht zu kritisieren, so kommt es leider oft vor, dass er nicht nur aus seinem Betrieb, sondern auch aus dem Bund der Kommunisten hinausgeworfen wird. Im Bund der Kommunisten gibt es also zwei Masse: eines für jene die oben sitzen und ein anderes für diejenigen, die zu den unteren Regionen gehören».*

3. Bei den Investitionen wurde die materielle Leistungsfähigkeit des Landes reichlich überschritten. Viele Objekte, die man errichtet hatte, waren eigentlich überflüssig und wurden nur aus politischen oder lokalen Erwägungen gebaut. Ein bedeutender Teil der so investierten Kapitalien bringt jetzt keinen Nutzen. Gewiss gibt es auch Betriebe, die vor einiger Zeit vielleicht nützlich waren, aber heute überflüssig geworden sind.

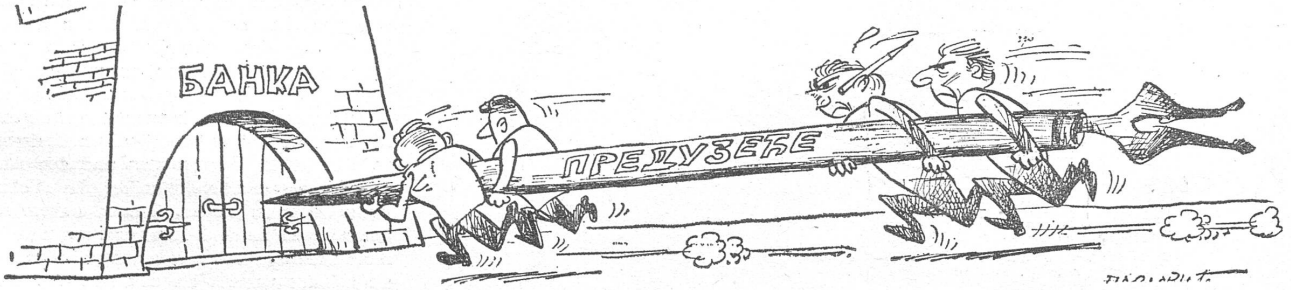
4. Jugoslawien benötigt noch zahlreiche Fabriken, um den langfristigen Industrialisierungsplan restlos durchführen zu können. Ihre Errichtung sei aber nicht Aufgabe einer einzigen Generation. Gegenwärtig sei viel wichtiger, die bestehenden Industrieanlagen zu modernisieren, da ihr Maschinenpark und Produktionsmethoden veraltet sind. Da ihre Erzeugnisse nicht konkurrenzfähig sind, wollen sie vom Staat wieder Subventionen erhalten. Mit Ausnahme gewisser Spezialfälle wird aber die Regierung keine solchen Unterstützungen gewähren.

5. Man wollte der Industrie ein stabiles Fundament schaffen, was aber ohne eine gewisse Konzentration der Produktion nicht möglich sei. Leider geriet die Durchführung in die Hände von «Politikern», die ihr einen «absurden Charakter» geben wollen, da sie statt der gesamtstaatlichen nur die Interessen der einzelnen Republiken berücksichtigen. Damit würde sich zum Beispiel der Kapitalumlauf «auf die einzelnen Republiken oder Kreise beschränken», was unzulässig sei. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei der Errichtung der Banken, denen man auch heute noch einen gewissen regionalen oder kommunalen Charakter geben will.

Die Banken müssen wirtschaften

6. Leitung und Administration der Banken sei ebenfalls reformbedürftig. Denn jetzt spielen die politischen und nicht die wirtschaftlichen Erwägungen die führende Rolle. Die Politiker haben die Möglichkeit, sich in die Angelegenheiten der Banken weitgehend einzumischen, obwohl man die Banken «von ihrer Anwesenheit eben befreien sollte». Auch die Administration der Banken muss wesentlich vereinfacht werden, vor allem was ihre Zusammenarbeit mit der sogenannten Volkskontrolle betrifft, für die jede Bank im Jahr zirka 2000 Berichte und drei Spezialkonten führen muss.

7. Auch der Staatsapparat muss eingeschränkt werden, denn die Verwaltung kostet zu viel Geld und verschlingt unglaubliche Mengen von Papier. Das Gleiche könnte man auch von der Wirtschaftsadministration sagen, die ebenfalls überbürokra-



Die Firmen sollen in Jugoslawien frei über Devisen verfügen dürfen: Befreiung der Prinzessin Devise aus der Burg (die Bank) durch die Unternehmen. («Jesch», Belgrad)

tisiert sei. Es komme z. B. vor, dass Abteilungen, die auf demselben Korridor liegen, miteinander schriftlich korrespondieren, anstatt direkt zu verhandeln.

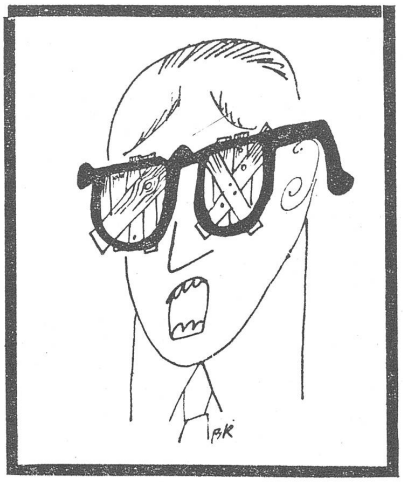
8. Den Fabriken soll erlaubt werden, mit ihren ausländischen Geschäftspartnern «direkte Kontakte zu unterhalten. Einige Betriebe hatten damit bereits begonnen, aber die gesetzliche Regelung steht immer noch aus. «Weshalb warten wir damit?»

Das alte Gleis

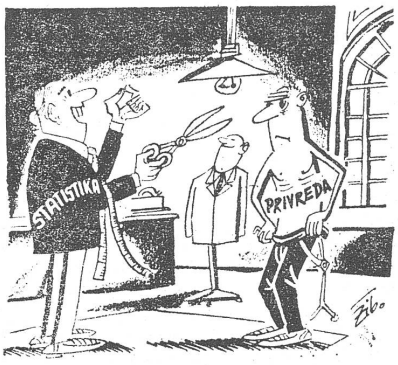
9. Die Staatsbahnen treiben mit den Schienen und Waggons, «die alle veraltet sind», eine wahre Raubwirtschaft». Die Erneuerung der Ausrüstungen wurde so lange hinausgeschoben, «bis es zu Eisenbahnkatastrophen kam, die auch Menschenleben gefordert haben». Auch um die Disziplin des Bahnpersonals stehe es ziemlich schlecht, denn sie habe sich in der letzten Zeit erheblich «gelockert».

10. Die Art, wie die Lizenzkäufe getätigt werden, sei ebenfalls unbefriedigend. Der Staat stellt für den Erwerb von Lizenzen «riesige Beträge» zur Verfügung, wovon «die gleichen Lizenzen oft zwei- oder dreimal angekauft werden», nur weil zwischen den zuständigen Instanzen und Republiken keine entsprechende Zusammenarbeit besteht.

11. Obwohl zu Beginn der Wirtschaftsreform der Bevölkerung versichert wurde, dass ihr Lebensstandard keine Verminderung erfahren werde, ist nachher — vor allem bei den unteren Erwerbskategorien — trotzdem eine Verschlechterung des Lebensniveaus eingetreten. Deshalb können auch die für gewisse «kritische Waren» festgesetzten Fixpreise nicht aufgehoben werden. Dies würde «zu katastrophalen Folgen ... zu einer allgemeinen Teuerung» führen. ■



«Genossen, ich sehe den Sinn der Reformen nicht ein.» («Vjesnik», Zagreb)



Statistik als Zuschneider der Wirtschaft: «Im neuen Anzug wird Sie nicht einmal mehr Ihre Mutter erkennen.» («Vjesnik»)

Koexistenz: Bürokratie und Selbstverwaltung. Die «Arbeiter-Selbstverwaltung», eine spezifische Form des «jugoslawischen Sozialismus», hat Mühe, sich gegen den bürokratischen Apparat zu behaupten. («Oslobodenje», Sarajevo)

Der Kommentar

Aus Pekings Sicht ist Nkrumah heute eine Art zweiter Lumumba, aber acht Tage lang war es nicht sicher, ob ihn die Chinesen nicht vielmehr als eine Art zweiten Ben Bella betrachteten.

Der Umsturz in Ghana fand am 24. Februar statt. Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua gab ihn, wie die gesamte chinesische Presse, am 4. März bekannt. Zwischen diesen beiden Daten handelte die drastisch reduzierte Afrika-Berichterstattung von Dingen wie einer Briefmarkenausstellung in Marokko. In dieser Zeit verliess Nkrumah Peking. Nachher allerdings überbordeten die chinesischen Zeitungen vom Ereignis. Die ganze revolutionäre Weltbevölkerung, hiess es, habe das imperialistische Komplott sofort durchschaut und halte solidarisch zu Nkrumah. Da ist es um so seltsamer, dass Peking mehr als eine Woche brauchte, um das gleiche zu entdecken. Weil Nkrumah im Unterschied zu Ben Bella in Guinea weiterhin politisch tätig sein kann. Sonst wäre er ebenso vergessen worden wie jener. *cb.*

Briefe:

Altbourgeoise Philosophie

Die Sowjetunion ist nach ihrer Doktrin die schärfste Gegnerin der Bourgeoisie. Wieso kommt es denn — so fragt man sich, dass sie sich eben dieser Bourgeoisie gegenüber benimmt wie ein Bettler, der mit Freude das abgetragene Kleid eines reichen Herrn trägt? Der sogenannte «wissenschaftliche Atheismus», den sie mit grossem Propagandaaufwand predigt, ist doch nichts anderes als die Wiederholung dessen, was höchst bourgeoise Wissenschafter vom Ende des 19. Jahrhunderts, wie z. B. Häckel und andere, behauptet haben. Die atheistischen Argumente, die die Sowjetunion vorbringt, sind ja fast wortwörtlich dieselben, die jene Leute formulierten. Inzwischen ist aber die moderne Wissenschaft im Westen, seit Planck seine Quantentheorie und Einstein seine Relativitätstheorie entwickelten, mehr und mehr vom atheistischen Materialismus abgerückt. So hat ein führender Nuklearphysiker der Vereinigten Staaten vor einigen Jahren gesagt: «Wenn man unsere Erkenntnisse durchdenkt, kann man nur tiefgläubig oder wahnsinnig werden. Einen dritten Weg gibt es nicht.» Und ein bekannter Schweizer Physiker erklärte: «Man wird heute kaum einen modernen Physiker finden, der nicht an Gott glaubt.»

Allein die Sowjetunion trägt weiter stolz ihr abgetragenes materialistisches Kleid und beweist dadurch, dass sie trotz all' ihrer Erfolge auf dem Gebiete von Mondraketen ein geistig zurückgebliebenes Land ist.

H. F.